Dienstag, den 15. September.

Thorner Zeitung.

№ 216.] [1868.

Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 25 Sgr. Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. — Inserate werden täglich bis 4 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Deutschland.

Berlin, 12. September. Nach deu neuesten Bestimmungen tritt der preußische Landtag unmittelbar nach dem 15. October zusammen.

— Nächste Woche wird hier eine Conferenz in Post-Angelegenheiten abgehalten werden, zu welcher Baiern, Würtemberg und Baden Einladungen erhalten haben.

— Die Reise des Königs wird sich nicht bis Hadersleben und Christiansfeld ausdehnen, obwohl von dort Deputationen mit der Bitte zu kommen, beim Könige gewesen, denn dort oben sind noch die Parteistreitigkeiten in vollem Gange; die Parteikundgebungen wären bei dieser Gelegenheit im wildesten Treiben und mit Wünschen und Forderungen aller Art hervorgetreten, die dem Könige nur hätten unangenehm sein können.

— Bei dem in Schwerin am 11. stattgehabten Divisionsmanöver führte der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin die 34. Infanterie-Brigade (Mecklenburgische Truppen) Sr. Maj. vor. Der König sprach seine volle Zufriedenheit über die Leistungen der alten sowie der neu formirteu Regimenter aus. Das Magdeburgische Füsilier-Regiment Nr. 36 wurde wegen seines tapfern Verhaltens bei der Mainarmee während des Feldzuges 1866 noch besonders belobt.

— Von mehreren Seiten wird gemeldet, daß Gr. Bismarck sich unmittelbar von Varzin aus zum Gebrauch eines Seebades nach England begeben werde. Nach der „H. B. Z." könnte diese Reise auch „zu einer Verständigung über gemeinsame Interessen und deren Vertheidigung" führen. Indessen versichern ja die Pariser offiziösen Blätter, daß Lord Stanley sich in Paris überzeugt habe, wie thöricht die vielfach in Holland und Belgien gehegten Befürchtungen wegen der ihnen zugedachten Zolleinigung seien.

— Im Bundeskanzleramt wird ein Antrag für den Bundesrath des Zollvereins vorbereitet, wodurch den Hafenplätzen Hamburg, Bremen und Altona das Recht zur Abfertigung vereinsländischer Fischerfahrzeuge zur Seefischerei mit Anspruch auf zollfreier Einführung nationaler Fischerei unter denselben Maßgaben und Bedingungen eingeräumt werden soll, unter welchen die Freihäfen Brake und Geestemünde dieses Recht ausüben.

Nach dem Privatbrief eines officiösen Blattes aus Trier scheint mit der Einrichtung des verschanzten Lagers, welches die Luxemburger Defensiv-Position zu ersetzen bestimmt ist, nunmehr vorgegangen zu werden. Im Zusammenhange damit steht wohl auch die Entscheidung der Regierung wegen Uebernahme der Rhein-Nahe-Bahn durch den Staat.

— Wie unsere Leser sich erinnern werden, wurde in einer Volksversammlung am 21. Juni eine aus 11 Mitgliedern bestehende Commission gewählt, welche über den Statutenentwurf eines Vereins für Freiheit der Schule berathen sollte. Das Resultat dieser Berathungen liegt uns jetzt in folgendem Programm vor: § 1. Der Verein für Freiheit der Schule bezweckt die Reform der Schule und ihre vollständige Befreiung von kirchlicher Aufsicht und bureaukratischer Bevormundung. § 2. Er wirkt für diesen Zweck, indem er durch Wort und Schrift Verständniß und Theilnahme für denselben in weiteren Kreisen erweckt und verwandte Bestrebungen unterstützt, insbesondere aber indem er mit den Geldmitteln, welche er erwirbt,, zunächst confessionslose Volksschulen, und in Verbindung damit ein Seminar für Ausbilduug von Volksschullehrern errichtet oder deren Errichtung fördert. § 3. Jedes Mitglied des Vereins zahlt einen beliebigen jährlichen Beitrag, der aber, auf Grund gewissenhafter Selbsteinschätzung, nicht unter 1/4 pCt. seines Einkommens betragen darf. Die Beiträge werden in vierteljährlichen Theilzahlungen an die Vereinskasse abgeführt. § 4. Ein Comitee von zwölf Personen bildet den Vorstand, der alljährlich einer Neuwahl durch die Vereins-Versammlung unterliegt, bei welcher der Vorsitzende und der Stellvertreter desselben in besonderen Wahlgängen zu ernennen sind. § 5. Der Vorstand verwaltet das Vereins-Vermögen und verfügt über dasselbe mit jährlicher Rechnungslegung und Entlastung durch die Vereins-Versammlung. Er ordnet die Vereins-Versammlungen an, deren jährlich mindestens zwei stattfinden. Auf Antrag von 25 Mitgliedern ist eine solche jederzeit binnen vier Wochen zu berufen.

— Wir haben den Erlaß vom 14. Juli an die Kasseler Regierung mitgetheilt, in welchem Herr v. Mühler Herrn Kreyßig die Bestätigung versagte, und der so wenig zu der nachträglich in der „Nordd. Allg. Ztg." und der „Kreuzztg." gegebenen Darstellung der Sachlage stimmte. Diese Darstellung war den beiden genannten Zeitungen in beinahe gleichlautender Fassung zugegangen, stammte also ohne Zweifel aus irgend einer höhern Region. Selbst die „Spen. Ztg." bemerkt dazu: „Es ist gewiß bedenklich, wenn anerkannt offiziöse Organe zu einer Entstellung der Wahrheit, wie sie hier vorliegt, benutzt werden, aber auch mit der Autorität eines Ministers nicht wohl vereinbar, wenn nach einem solchen von ihm gefällten Urtheil dennoch die Bestätigung eines Beamten er-

Ein Wort über moralische Erhebung Preußens.

Daß ein entschieden und ehrlich liberales Regiment in Preußen nicht nur die alten und neuen Provinzen der Monarchie zu einem kompakten Ganzen zusammenschmelzen, sondern auch die Vereinigung von Süddeutschland mit Norddeutschland befördern und beschleunigen würde, ist in den politisch gebildeten Kreisen des deutschen Volks zur festen Ueberzeugung geworden, welcher neulich die Leipziger „Deutsch. Allg. Ztg." einen höchst beachtungswerthen Ausdruck verlieh. Die „Nordd. Allg. Ztg." bekämpft diese Ansicht, indem sie sagt: „Wir halten die Anschauung, daß ein liberales Regime unsere Gegner im Süden uns gewinnen werde, für eine irrige, weil der eine Theil dieser Gegner, die „Volkspartei", die souveräne Verächterin des Liberalismus, an einem Liberalen Regiment sich nimmer genügen lassen, der andere Theil der Gegner aber durch Liberalismus Preußen nur noch mehr entfremdet würde. Der Versuch, auf diesem Wege unsere Gegner zu gewinnen, wäre also nach unserer Auffassung ein Versuch mit „untauglichen Mitteln".

Hierauf erwidert das Leipziger Blatt (Prof. Biedermann) folgendes: „Wenn die „Nordd. Allg. Ztg." sagt, durch liberale Maßregeln werde man die „Gegner" aus den Reihen der Volkspartei nicht „gewinnen", so mag sie recht haben, allein sie scheint dabei zunächst das eine zu vergessen, daß es auf dem Gebiete der politischen Strategie nicht allemal darauf ankommt, den Gegner zu „gewinnen", sondern daß man oftmals schon zufrieden sein kann, wenn es gelingt, den Gegner zu entwaffnen, oder, um ein anderes strategisches Bild zu gebrauchen, ihn aus einer verschanzten günstigen Stellung heraus in's freie Feld zu locken. Grade dies aber ist es, was man über die sogenannte „Volkspartei" gewinnen würde, wenn man ihr den freilich innerlich unwahren, dennoch aber in vielen Schichten der öffentlichen Meinung nur zu wirksamen Vorwand: sie sei gegen jede Annäherung an Preußen, weil sie davon eine Gefährdung der „Volksfreiheiten" fürchte, durch thatsächliche Beweise aus der Hand nähme; sie würde dann entweder mit ihren wahren Beweggründen (mit denen sie doch noch immer hinter dem Berge zu halten pflegt) herausrücken oder aber — verstummen müssen. Wen die „Nordeutsche Allgem. Ztg." unter dem „andern Theile" der „Gegner" meint, der, wie sie sagt, durch ein liberales Regiment in Preußen dem Anschlusse an letzteres nur mehr entfremdet werden möchte, ist uns nicht recht klar. Die Süddeutschen Regierungen können es nicht wohl sein, denn die Bayerische wie die Badische sind dermalen aufrichtig liberal, nicht blos in Worten, sondern in der That, und würden es zuversichtlich nur gern sehen, wenn das in Preußen befolgte System innerer Politik dem von ihnen in ihren Ländern eingeschlagenen, etwas weniger fremdartig, wo nicht gar feindselig gegenüber stände. Denn sie würden dadurch nicht blos für ibre Stellung daheim manche erwünschte Kräftigung erhalten, statt daß jetzt ihre reactionären Gegner bei ihrem Intriguiren gegen den Liberalismus von oben sich auf das Beispiel Preußens stützen, sondern es würde ihnen aus dem gleichen Grunde die Dnrchführung einer wahrhaft Deutsch-nationalen Politik erleichtert, indem die öffentliche Meinung ihrer Länder dann rückhaltsloser einer solchen beifallen und die Gegner derselben niederhalten möchte. Wenn das Gleiche von den Herren von Varnbüler und v. Dalwigk nicht zu sagen ist, so würden doch grade in Württemberg und Hessen die Regierungen am wenigsten wagen dürfen, aus liberalen Maßregeln der Preußischen Regierung für ihren Particularismus Capital zu machen. Meint sie aber unter jenen „andern" Gegnern gewisse reactionäre Richtungen im Süden, insbesondere die ultramontane Partei, nun so wäre doch wohl mit noch besserm Rechte das, was sie zuvor von der „Volkspartei" gesagt, im umgekehrten Sinne hier anzuwenden. Dieser Partei wird auch die allerconservativste, ja eine völlig reactionäre Regierung in Preußen kein Vertrauen einflößen, denn immerhin bleibt diese doch eine protestantische und kann sich von den Consequenzen des Protestantismus nicht lossagen, welchen man von jener Seite her seinem ganzen Wesen nach grimmig haßt und principiell auszurotten nur allzu geneigt wäre. Diese Gegner sind nie und nimmer zu gewinnen, so lange nicht das Unmögliche geschieht, so lange nicht der Traum, den, wie wir unlängst

folgt.“ Da die „Prov.-Korr.“ vor Kurzem die Beurtheilung innerer Fragen in der „Spen. Ztg.“ als eine mustergültige für die übrige Presse hingestellt hat, so wird die Regierung nicht umhin können, ihren Ausspruch in dem vorliegenden Falle als den der „wahren“ öffentlichen Meinung anzuerkennen.

— Ein offiziöser Correspondent der „Hamb. Nachrichten“ schreibt über den letzten Constitutionnel-Artikel: „Die äußere politische Situation hat einen nicht unerheblichen Schritt vorwärts gethan: die Kriegsfrage ist gestellt. Der „Constitutionnel“, noch präciser aber die „France“, sagen: die Vereinigung der Südstaaten mit dem Nordbund ist der Krieg. So war die Frage bisher noch nie gestellt. Im Gegentheil: officiell war das bekannte Lavalette'sche Rundschreiben vom 16. September 1866 noch nicht widerrufen, welches die einheitliche Constituirung des gesammten außerösterreichischen Deutschlands zum Ausgangspunkt der europäischen Lage nahm. Die neue Erklärung findet sich bis jetzt freilich nur in officiösen Blättern, aber daß sie den Willen der jetzigen franz. Regierung ausdrückt, ist nicht zu bezweifeln. Eine andere mächtigere Nation, als wir Deutschen, würde das Verbot einer fremden Macht, Organisation in den eigenen Grenzen vorzunehmen, sofort als Kriegsfall auffassen. Wir Deutsche sind nicht so reizbar und seit zwei Jahren auch glücklicherweise angesehen genug, daß man den Mangel an Reizbarkeit uns nicht als Schwäche auslegt. Das versteht sich freilich, daß die Stellung der Kriegsfrage von Seiten Frankreichs uns nicht abhalten wird und darf, die Vereinigung zu vollziehen, sobald der richtige Augenblick nach den inneren Bedingungen der Lage Deutschlands gekommen sein wird. Weil nun bis dahin sicher noch eine geraume Zeit vergehen wird, so könnte die Ruhe der Gegenwart gesichert erscheinen, wenn nicht der Begriff „Vereinigung der südd. Staaten mit dem Nordbund“ ein sehr elastischer wäre. Schon die bloße Ausbildung der bestehenden Militairverträge, z. B. die Anbahnung eines organischen Anschlusses der südd. Heerestheile, kann von Frankreich als Kriegsfall aufgefaßt werden. Unsere Regierung ist gewiß von den friedlichsten Absichten beseelt und die Haltung gegenüber den jetzigen Erklärungen der französischen offiziösen Presse wird dies aufs Neue bestätigen. Wenn man aber aus der späteren Einberufung der Rekruten nicht bloß den guten Willen Frieden zu bewahren, sondern eine Art Entwaffnung herauslesen will, welche ein unerschütterliches Vertrauen in die Dauer des Friedens voraussetze, so ist darauf hinzuweisen, daß die Rekruten vor vollendeter Ausbildung nicht mit ins Feld rücken, daß also durch ihre spätere Einberufung zunächst nur die Ersatzmannschaft, nicht aber die Feldarmee selbst verringert wird. Unsere Regierung hat übrigens um so weniger Veranlassung, von den jetzigen Erklärungen der pariser offiziösen Presse Notiz zu nehmen, als in der bekannten Depesche vom 7. September 1867 bereits in der unzweideutigsten Weise für die Frage der Erweiterung des Nordbundes auf die südd. Staaten, die Einmischung des Auslandes zurückgewiesen wurde.

— Aus Lübeck wird v. 12. d. gemeldet: Se. Majestät der König verließ, von dem Großherzoge und der Großherzogin Mutter nach dem Bahnhofe geleitet, um 5 Uhr Nachmittags Schwerin. Um 6 Uhr traf Se. Majestät in Büchen ein, wo der außerordentliche Landeskommissär Baron von Ompteda zum Empfange anwesend war. Der Bahnhof war glänzend illuminirt. In Mölln und Ratzeburg, deren Bahnhöfe ebenfalls prächtig erleuchtet waren, wurde der König unter den Klängen der Musik von den Schützengilden und den Schulen begrüßt. In Ratzeburg verließ Se. Majestät den Waggon, wurde von dem Geheimen Rath, Regierungspräsidenten von Lintow und dem Hofgerichts-Präsidenten Grafen von Reventlow empfangen und nahm die Vorstellung der Behörden und Honoratioren an. Auf der ganzen Fahrt wurde der König enthusiastisch begrüßt. Soeben 8 Uhr ist Se. Majestät, v. enthusiastischen Zurufen der Bevölkerung begrüßt, hier eingetroffen. Auf dem Bahnhofe war eine Kompagnie des 76. Infanterie-Regiments mit der Fahne aufgestellt. Der König begab sich durch die Straßen der glänzend illuminirten Stadt nach dem Hause des Senators Curtius, wo Se. Majestät Wohnung nahm.

sahen, man in Rom entweder wirklich träumt oder zu träumen vorgiebt, in Erfüllung geht, so lange nicht Preußen aus einem protestantischen Staate ein katholischer wird. Weder bei den Ultramontanen noch bei der „Volkspartei“ im Süden wird Preußen und wird der Norddeutsche Bund hoffen dürfen, Propaganda zu machen; weder die einen noch die andern wird er „gewinnen“, und rein verlorene Mühe wäre es, daran nur zu denken. Aber die Mehrheit, die große Mehrheit der Süddeutschen Bevölkerungen ist, Gott sei Dank, weder ultramontan gesinnt, noch liegt sie in den Banden und huldigt den Utopien der Volkspartei. Eine große Mehrheit der Besonneneren in allen Süddeutschen Ländern, auch in Würtemberg, noch weit mehr in Bayern, erkennt bereits mit dem Verstande theils die Unvermeidlichkeit, theils die Vortheile eines Anschlusses des Südens an den Norden. Aber ein großer Theil davon verhält sich noch kühl zurückhaltend, unentschlossen zu dieser nationalen Strömung, weil ihr Gemüth, welches bei dem Süddeutschen nun einmal eine große Rolle spielt, sich nicht erwärmt, im Gegentheil erkältet findet durch so manches, was in dem Hauptstaate des Nordens, Preußen, in Bezug auf innere Zustände geschieht oder nicht geschieht. Diese Leute würden sich einem Anschlusse an den Norddeutschen Bund, wäre derselbe, wie bei den Norddeutschen Staaten, zwangsweise erfolgt, wohl fügen, auch allmälig ganz gute Bundesangehörige werden, allein Begeisterung, deren es bedürfte, um die einem solchen Anschluß widerstrebenden Elemente mit raschem Anlauf zu überrennen oder bei Seite zu schieben, zugleich die etwa noch zögernden oder widerwilligen Regierungskreise fortzureißen, dem Auslande aber den Eindruck zu machen, daß man es hier mit einem nationalen Aufschwunge zu thun habe, dem entgegen zu treten nicht gerathen sei — diese fehlt und dürfte leicht so lange fehlen, als man jenen Leuten nicht auch von der Seite beikommt, wo die stärksten Nerven einer solchen Erregbarkeit in ihnen liegen durch liberale, volksthümliche Maßregeln.“

Ausland.

Oesterreich. Die innere Politik des diesseitigen Oesterreich ist jetzt in Prag concentrirt. Der Oberst-Landmarschall hat daselbst den czechischen Landtags-Abgeordneten eine schriftliche Verständigung zugesandt, des Inhalts, daß er die Declarationen gedruckt unter die übrigen Landtagsmitglieder vertheilen ließ, ihrem zweiten Wunsche jedoch, die Gründe ihres Fernbleibens dem Kaiser vorzulegen, aus dem Grunde nicht willfahren konnte, weil er ohne Zustimmung des Landtages hiezu nicht berechtigt sei. Diese Gründe aber seien nicht derartig, daß er das Fernbleiben als ein nach § 19 der Geschäftsordnung begründetes erachten könnte. Er fordere daher die Abgeordneten auf, binnen vierzehn Tagen entweder im Landtage zu erscheinen, oder ihr Fernbleiben zu begründen; anderenfalls würde er sich genöthigt sehen, hiervon nach § 19 der Geschäftsordnung dem Landtage die Meldung zu machen. — In Folge Reclamation der serbischen Regierung ist Vermögens-Sequestration des Exfürsten Karageorgiewic und Genossen angeordnet und hat durch den Untersuchungsrichter des Pest her städtischen Criminalgerichtes im Beisein des hiezu ernannten Vertreters der serbischen Regierung, Pesther Advokaten Joseph Visnya, des Rechtsfreundes des Exfürsten und anderen Amtspersonen bereits stattgefunden. Sequestrirt wurden blos die Kleider, Waffen und einige andere Effecten des Fürsten im Gesammtwerthe von 15,000 Fl., da das gesammte Mobiliar als Eigenthum der Fürsten Persida erklärt wurde. Unter den sequestrirten Gegenständen befinden sich das Galakleid des Fürsten, mehrere Säbel, Gewehre, Pistolen und Revolver, welche mit kostbaren Steinen ausgelegt sind und die Pretiosen, welche zur Kleidung des Exfürsten gehörten; endlich eine Bibel mit massiven Golddeckeln und reich ausgelegt mit Smaragden und anderen Edelsteinen. Das Landgut Bokßeg im Arader Komitate, ebenso eine auf das ehemalige Karageorgiewic'sche, jetzt Vigyazo'sche Haus in der Palatingasse in Pesth haftende Activforderung von 80,000 Fl. sind gleichfalls auf den Namen der Fürstin Persida grundbücherlich intabulirt.

Frankreich. Man weiß jetzt mit ziemlicher Bestimmtheit, daß die kriegerischen Gerüchte der letzten Tage, welche Paris in Aufregung versetzten, nur der Widerhall der militärischen Projecte gewesen sind, mit denen der Kaiser im Lager von Chalons förmlich überstürmt wurde. Nicht nur, daß einzelne Compagnien, während des Defilirmarsches der letzten großen Revue am Kaiser vorübermarschirend, „Au Rhin, au Rhin!“ gerufen, sondern namentlich die höhere Generalität soll es gewesen sein, die ihre Kriegsprojecte dem Kaiser aufzudrängen bemüht war. Natürlich konnte Napoleon III., als oberster Kriegsherr, den sich kundgebenden Enthusiasmus nicht öffentlich mißbilligen, und so schwieg er, ganz seiner Gewohnheit gemäß, zu all diesen Kundgebungen. Dieses Schweigen wurde als Billigung ausgelegt, und so fanden diese Manifestationen denn alsbald ihr Echo in Paris. Allein auch hier ist man bereits wieder zur Besinnung gekommen, und je mehr man sieht, daß diplomatisch nicht das Mindeste vorliegt, desto beruhigter zeigt man sich. — Das französische auswärtige Amt läßt es sich jetzt sehr angelegen sein, zu verbreiten, daß die preußische Regierung hinsichtlich Roms und der weltlichen Herrschaft des Papstes durchaus den Standpunkt Frankreichs theile und daß die italienischen Radicalen die Welt täuschen wollen, wenn sie sich mit geheimen Beziehungen zu Berlin trösten.

— Die Wochenschau v. 9. Sept. des „Abendmoniteur“ enthält sich, wie sie es auch schon in der letzten Woche gethan, wieder aller friedlichen Betrachtungen, mit denen sie bekanntlich früher so wenig karg war. Was die militärischen Maßregeln in Preußen betrifft, so werden dieselben mit der folgenden trockenen Ankündigung abgefertigt: „Der König von Preußen hat beschlossen, daß gleich nach den Manövern, welche in diesem Augenblicke stattfinden, die Reservisten in ihre Heimath entlassen werden, und daß die Leute, welche im Monat October einberufen werden sollen, erst am 1. Januar in die Armee einzutreten haben.“ Der „Abend-Moniteur“ könnte offenbar kein besseres Mittel zur Befestigung der Friedensstimmung anwenden, als wenn er das Publikum über die Bedeutung dieses preußischen Entschlusses aufklären wollte. Er schweigt aber klüglich, um den fortgesetzten französischen Rüstungen nicht den besten Theil ihrer bisherigen Begründung zu entziehen. Vielleicht könnte die neue Mobilgarde sonst auch wünschen, lieber noch längere Zeit mit den ersten Uebungen verschont zu bleiben.

Russland. Das Aeußerste an krankhaftem Nationalitätseifer wird bekanntlich jetzt in Rußland geleistet. Aber selbst dort wird man nicht leicht eine Hartnäckigkeit finden, welche, wie im folgenden Fall Tod und Verheerung dem Gebrauche eines nicht russischen Idioms vorzieht. Im Gouvernement Kowno herrscht seit drei Monaten die Rinderpest. Die Epidemie ist allmälig auf einen hohen Grad gestiegen und decimirt besonders das Vieh der unwissenden und dürftigen Bauern. Aber obschon dieselben Litthauer sind und regierungsseitig in jeder Weise auf Kosten des polnischen Adels bevorzugt werden, kann sich das Gouvernement doch nicht dazu entschließen, ihnen eine Belehrung über die Behandlung des Viehs in einer ihnen verständlichen Sprache zukommen zu lassen. Ein vom Ministerium ausgehendes Pamphlet über diesen Gegenstand, welches man unter ihnen verbreitet, ist russisch und den Leuten deshalb absolut unnütz. Hier und da nehmen die Bauern wohl ihre Hilfe zu den Schulkindern, die jetzt in Litthauen mehr Russisch lesen lernen müssen, als in Rußland selber; aber natürlich reicht ihre Kenntniß nicht entfernt dazu aus. Und so stirbt das Vieh weiter, und jedes Ochsen Tod ist ein nationaler Triumph. Vivat Russia, pereat pecus!

Italien. Der Korrespondent der „Moruing Post“ erklärt aus den vielen einander wiederſprechenden Gerüchten über die Situation zwiſchen Frankreich und Italien und dem Kirchenſtaate Folgendes für die richtige Lesart: Die italieniſche Regierung hat vielleicht nicht in cffizieller Form bemerkt, daß, nachdem ſie bei Niederwerfung des Angriffes gegen das Papſtthum hilfreiche Hand geleiſtet, auch ſeit jener Zeit Garibaldi und die Aktionspartei überwacht, bis eine neue Invaſion des Kirchenſtaates nicht länger mehr zu befürchten ſteht, jetzt wohl der Augenblick gekommen ſein dürfte, wo Frankreich unter Zuſicherung ſeines ewigen Protektorates an das Papſtthum ſeine Streitkräfte aus dem Kirchenſtaate zurückziehen könnte, indem deren Anweſenheit auf der Halbinſel fortwährend die italieniſche Regierung in eine ſchwierige Poſition verſetzt und die Aufregung im Lande wach erhält. Auf dieſe Vorſtellungen habe dann die franzöſiſche Regierung erwiedert: „Wir erachten die Stimmung des Volkes in Italien gegenwärtig nicht für derart, daß ſie zu einer Räumung des Kirchenſtaates berechtigen könnte, und es darf nicht überſehen werden, daß Frankreich ſich aufs Neue verpflichtet hat, den heiligen Stuhl zubeſchützen.“ Darauf hatte Italien nicht viel zu erwiedern. Uebrigens glaubt der Korreſpondent, Napoleon werde ſeine Truppen zwar im Kirchenſtaate belaſſen, indeſſen wohl kaum die ihm zugeſchriebenen Reſtaurationsgedanken hegen.

Türkei. Nachrichten aus Konſtantinopel zufolge unterliegt es keinem Zweifel, daß der bulgariſche Kirchenſtreit jetzt definitiv beigelegt werde. Die Pforte hat einen dahin zielenden Entwurf in den Staatsrath eingebracht. Die bulgariſche Nation erhält einen eigenen Patriarchen, dem die Kirche des Donau- und Adrianopoler Vilajets in allen Dingen unterſtehen wird. Die Biſchöfe ſollen nur von den nationalen Kreiſen gewählt werden. Im Ganzen werden 13 Episcopate errichtet. Bis jetzt hat Rußland ſtets einen ſolchen Entſchluß der Pforte zu hintertreiben gewußt, weil er eben einen wichtigen Streitpunkt aus dem Leben des ottomaniſchen Reiches entfernt. — Der Sultan hat einen eigenhändigen Brief an Napoleon III. geſchrieben, worin derſelbe ſeine feſte Abſicht ausſpricht, auf dem Wege der Reformen fortzuſchreiten. Dieſen Schritt betrachtet man in Konſtantinopel als einen Schachzug gegen das Petersbur Cabinet, welches ſeine oficiellen und officiöſen Blätter angewieſen hat, das Werk der Reformen der Türkei zu verdächtigen und daſſelbe als ein Scheinmanöver darzuſtellen. Uebrigens ſcheint es diesmal mit den Reformen wirklich Ernſt werden zu wollen, da Fazli-Paſcha ſich völlig mit Fuad und Aali ausgeſöhnt hat.

Provinzielles.

* **Graudenz.** Der Kanzlei-Director X. Fröhlich hat eine „Graudenzer Kreisgeſchichte“ geſchrieben, welche im Selbſtverlage des Verfaſſers erſchienen iſt.

Dirſchau. (D. Z.) Mit dem 1. Januar k. J. tritt eine Erhöhung der Lehrerbeſoldungen nach dem von dem Bürgermeiſter entworfenen, von der Stadtverordneten-Verſ. genehmigten und der Schuldeputation [empf]ohlenen Normal-Beſoldungsplan vom 20. Juli c. für die Lehrer der hieſigen Stadtſchule ein. Hiernach ſoll das geringſte Lehrergehalt bei der Mittelſchule mit 210 Thlr. jährlich incl. Heizung und Wohnung beginnen, und bei tadelloſer Dienſtleiſtung von 5 zu 5 Jahren um 25 Thlr., bis zur Höhe von 335 Thlr. ſteigen. Das Gehalt des Rectors iſt mit 600 Thlr., das des zweiten Literaten mit 500 Thlr. und einer jährlichen perſönlichen Zulage von 25 Thlr., das des dritten Literaten mit 450 Thlr. und das einer Lehrerin für weibliche Handarbeiten mit 120 Thlr. dotirt worden. Die zu dieſem Zwecke erforderliche Summe beträgt für jetzt $404\frac{1}{2}$ Thlr.

Marienburg. In dieſen Tagen haben aufs Neue wieder mehrere mennonitiſche Fmilien von hier aus [da]s Vaterland verlaſſen, um im ſüdöſtlichen Rußland [s]ich eine neue Heimath zu ſuchen. Andere Familien rüſten ſich zur Auswanderung.

In Inſterburg ſoll in nächſter Zeit ein neuer „Bürger“ -und Bauernfreund in conſervativer Richtung, aber in der Manier und Haltung des bei Poſt in Tilſit gedruckten und unter Mitwirkung von Meitenbach-Plicken redigirten Blattes erſcheinen.

(K. H.Z.

In **Memel** haben ſich die Salzhandlungen an den Grafen Bismarck, wegen Aufhebung der Bewachungsgebühren von 25 Sgr. täglich bei Salzlägern in Privat-Niederlagen in einer Petition gewandt und hoffen auf Befreiung von dieſer ſehr koſtbaren Beſchränkung des Handels.

In Oſtpreußen. Während kürzlich berichtet wurde, daß das Zuchthaus in Inſterburg ſo ſehr gefüllt iſt, daß dort vorläufig keine neuen Sträflinge mehr aufgenommen werden können, erfahren wir heute, daß derſelbe Fall jetzt auch bei der Straf-Anſtalt zu Rhein eingetreten iſt.

Poſen. Der Zuſammentritt des Provinzial-Landtages der Provinz Poſen iſt jetzt auf den 4. October feſtgeſetzt; wie früher wird Landtags-Commiſſarius der Oberpräſident v. Horn und Landtags-Marſchall der General-Landſchafts-Director Graf Königsmark.

Lokales.

Kaufmänniſches. In Nro. 210 u. Bl. (Kaufmänniſche Nachhilfsſchule) erinnerten wir an das Vorhaben hieſiger Kaufleute, welches leider bis jetzt noch nicht zur Ausführung gekommen iſt, ihre Geſchäfte um 8 Uhr Abends zu ſchließen, ſowohl aus dem humanen Grunde, um dem Geſchäftsperſonal, Gehilfen, wie Lehrlingen, Zeit zur Fortbildung, wie zur Erholung zu gewähren, als auch aus dem finanziellen Grunde, daß durch den Abſatz nach 8 Uhr Abends die Beleuchtungskoſten des Geſchäftslokales nicht gedeckt werden.

Das Bedürfniß nach Abkürzung der Arbeitszeit in den offenen Kaufgeſchäften hat ſich indeß nicht blos hier, ſondern auch anderwärts geltend gemacht. Da begegnen wir doch folgende Mittheilung: „Auf dem Verbandstag deutſcher kaufmänniſcher Vereine, welcher unlängſt in Dresden verſammelt war, wurde auch über einen vom Central-Comitee geſtellten, auf Abkürzung der Geſchäftszeit gerichteter Antrag berathen. Der Referent befürwortet die Einführung der engliſchen Geſchäftszeit und Einſchränkung der Sonntagsarbeit namentlich in allen öffentlichen Geſchäften, (Colonialwaarenhandlungen) im Intereſſe des kaufmänniſchen Hilfsperſonals, ſowie auch der Principale. Die Verſammlung beſchloß von Einführung der engliſchen Geſchäftszeit (mit 13 gegen 12 Stimmen) abzuſehen, den deutſchen Handelstag um Verwendung für Abkürzung der Geſchäftszeit, ſowie Einſchränkung der Sonntagsarbeit in allen offenen Geſchäften im Intereſſe des kaufmänniſchen Hilfsperſonals zu erſuchen, den Principalen ſeitens der Vereine in dieſem Sinne Vorſtellungen zu machen und an alle Handels- und Gewerbekammern Nord- und Süddeutſchlands und ebenſo Oeſterreichs Cirkulare zu erlaſſen und ſie um ihre Mitwirkung anzugehen.“

Die Angelegenheit ſelbſt iſt ſomit Gegenſtand einer großartigen Agitation geworden, die um ſo weniger ihr Ziel verfehlen dürfte, als der erhobene Anſpruch nichts Unbilliges, oder Unausführbares enthält. Hören wir, was ſeitens der Intereſſenten für ihr Petitum gebracht witd! — Bekanntlich wird, ſo leſen wir von dem Hilfsperſonal in offenen Geſchäften eine 12—16ſtündige Tagesarbeit verlangt, von den jungen Leuten, die eine hervorragende Stellung im Leben einnehmen, ihr Wiſſen nach allen Seiten hin erweitern ſollen. Wo ſollen die jungen Leute bei ſo angeſtrengter Thätigkeit im Geſchäft die Muße zu ihrer Fortbildung hernehmen? — Während dem Handwerkerſtande in den letzten 20 Jahren bedeutende Erleichterungen nach dieſer Seite hin geſchaffen wurden, ſteht der Handlungslehrling, ja ſelbſt der Gehilfe noch auf derſelben Stufe wie ehedem, d. h. er muß ſeine körperlichen Kräfte nur allein dem Geſchäft widmen, ohne an Ausbildung ſeiner geiſtigen Anlagen denken zu können. Iſt es nicht bedauerlich, daß der Kaufmannsſtand ſich ſelbſt das Zeugniß ausſtellen muß, für Hebung ſeines Standes, für Fortbildung ſeiner heranwachſenden Glieder ſo wenig gethan zu haben? — Und doch iſt es ſo. — Wohl manche Prinzipale in kleineren Orten werden erwidern, „auch wir machten dieſelbe Lehrzeit, dieſelbe mühevolle Arbeit durch und haben es deſſen ungeachtet zu Etwas gebracht.“ — Das iſt keinesfalls eine Entſchuldigung dafür, ſeine Leute, ob Lehrling oder Commis ſo über Gebühr anzuſtrengen, zumal gewiß Alle, welche dieſe Erwiderung machen, der innigſten Ueberzeugung ſein werden und müſſen, daß man faſt Uebermenſchliches von ihnen verlangte, daß man ſie nicht ſo behandelte, wie es ihnen, den Geſetzen der Humanität entſprechend, zugekommen wäre Jeder, der die Hand auf's Herz legt, muß ſich eingeſtehen, wie niederdrückend es für einen in der Entwickelung begriffenen jungen Mann iſt, (denn ſie werden ſich alle dieſer Gefühle noch erinnern) den ganzen Tag nicht eine Stunde zu ſeiner körperlichen Erholung, zu ſeiner geiſtigen Ausbildung zu haben, ſondern nur als willenloſe Maſchine zur Förderung der Geſchäftsintereſſen verwendet zu werden. Geben die Herren Prinzipale ihren Leuten die nöthige Freiheit, controlliren ſie deren nützliche Verwendung bei ihren Lehrlingen, was die moraliſche Pflicht eines jeden Lehrherrn iſt, und ihnen ſelbſt wird daraus der größte Nutzen erwachſen. — Wie kann ein junger Mann mit Luſt und Liebe an die Arbeit gehen, wenn er eine ununterbrochene, bei offenen Geſchäften faſt überall eingeführte 17ſtündige Anſpannung, nicht aber nach des Tages Laſt eine Erholungsſtunde vor Augen ſieht? — Es iſt ein Ding der Unmüglichkeit, daß hierbei der Geiſt nicht ermatten, der Körper nicht erſchlaffen und ſich ſchließlich nicht eine vollſtändige Gleichgültigkei gegen das Geſchäft und ſein eignes Wohl und Wehe herausſtellen ſollte. Nicht alle jungen Lente beſitzen ſo viel feſten Willen noch nach dem ſo ſpäten Schluß des Geſchäfts ein oder zwei Stunden an ihrer Ausbildung zu arbeiten und ſelbſt wenn dies der Fall, wohin ſollte dies führen? Der in ſeiner Entwickelnng begriffene menſchliche Körper kann ſolche Anſtrengungen nicht ohne ſpätere oder frühere ernſtliche Folgen durchmachen und können die Herren Prinzipale eine friſche körperliche oder geiſtige Thätigkeit am andern Morgen von den jungen Leuten erwarten oder rechtlich beanſpruchen, welche die ohnehin ſchon nothdürftig bemeſſene Zeit des Schlafens durch Arbeiten in ihrem Intereſſe noch verkürzen?

— **Muſikaliſches.** Die Winter-Saiſon hat bereits bei uns ihren Anfang genommen Am Sonntag den 13. d. Mts. gab Herr Kapellmeiſter Rothbarth mit der Regimentskapelle, welche bereits am Sonnabend vom Diviſionsmanöver zuruckgekehrt war, das erſte Konzert im Artushofſaale, welches ſehr erfreulich beſucht war. Lebhafte Beifallsſpenden gaben der Kapelle, welche auch durch ihre Leiſtungen in Bromberg in glänzender Weiſe excellirte und die Ehre hatte von Sr. Königl. Hoh. dem Kronprinzen zur Tafelmuſik befohlen zu werden die Befriedigung der Zuhörer kund. Nicht unerwähnt wollen wir laſſen, daß der Wirth für Speiſen und Getränke beſtens geſorgt hatte.

Induſtrie, Handel und Geſchäftsverkehr.

— **Poſtverkehr.** Das General-Poſtamt hat an ſeine Beamten die dankenswerthe Verfügung erlaſſen, daß dieſelben dem Publikum gegenüber bei Ertheilung von erbetener Auskunft in angemeſſener und zuvorkommender Weiſe zu verfahren haben, und daß ſie namentlich bei Anfragen nach dem Gange der Poſten, nach Tarifbeſtimmungen, nach Anforderung an die Beſchaffenheit der Sendungen u. dergl., den Reiſenden und Verſendern bereitwilligſt die präciſeſte Angaben zu machen haben. Wenn ein Beamter hierbei ſeiner Sache nicht ganz ſicher iſt, ſo darf derſelbe es nicht ſcheuen, ſondern muß es vielmehr als ſeine Verpflichtung betrachten, in den Materalien nachzuſehen, oder bei andern Beamten nachzufragen, anſtatt vielleicht eine unrichtige oder unvollſtändige Antwort zu geben. Die Vorſteher der Poſtanſtalten haben auch darauf zu achten, daß an Dienſtſtellen denen ein Verkehr mit dem Publicum ſtattfindet, nur Beamte fungiren, welche den Dieſtgeſchäften und dem Geſchäftskreiſe der betreffenden Stelle gewachſen ſind.

Telegraphiſcher Börſen-Bericht.

Berlin, den 14. Septbr. cr.

Fonds.	matt.
Ruſſ. Banknoten.	$83\frac{1}{8}$
Warſchau 8 Tage	83
Poln. Pfandbriefe 4%.	$65\frac{1}{2}$
Weſtpreuß. do. 4%	$82\frac{1}{2}$
Poſener do. neue 4%	$84\frac{3}{8}$
Amerikaner.	76
Oeſterr. Banknoten.	$88\frac{5}{8}$
Italiener.	$52\frac{1}{4}$
Weizen:	
Septbr	66
Roggen:	feſter.
loco	$55\frac{3}{4}$
Sept-Oktbr.	$55\frac{1}{2}$
Oktbr.-Novbr.	$54\frac{1}{2}$
Frühjahr	52
Rüböl:	
loco.	$9\frac{5}{12}$
Frühjahr	$9\frac{3}{4}$
Spiritus:	matter
loco	$20\frac{3}{4}$
Septbr.	$20\frac{1}{8}$
Frühjahr	18

Getreide- und Geldmarkt.

Thorn, den 14. Septbr. Russische oder polnische Banknoten 83 1/4—83 1/2 gleich 120 1/6—119 5/6.

Danzig, den 12 Septbr. Bahnpreise.

Weizen, bunt, hellbunt und feinglasig 125—138 pfd. von 88—99 Sgr. pr. 85 Pfd.

Roggen, 127 — 133 pfd. von 67 — 69 Sgr. p. 81 5/6 Pfd.

Gerste, frische kleine u. große, 108—117 Pfd. von 56—60 Sgr. pr. 72 Pfd.

Erbsen, 73—74 Sgr. per 90 Pfd.

Hafer, frischer 35 Sgr. per 50 Pfd.

Spiritus nichts gehandelt

Stettin, den 12. Septbr.

Weizen unverändert.

Roggen, Herbst 54 1/2, Oktober=November 53 1/2, Frühjahr 51 1/2.

Rüböl fest, aber geschäftslos.

Spiritus fest, aber still.

Amtliche Tagesnotizen.

Den 13. Septbr. Temp. Wärme 9 Grad. Luftdruck 28 Zoll 1 Strich. Wasserstand — Fuß 5 Zoll u. 0.

Den 14. Septbr. Temp. Wärme 9 Grad Luftdruck 28 Zoll — Strich. Wasserstand 5 Zoll u. 0.

Das Post-Dampfschiff **„Allemania Capt. Bardua"** von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft ist am 9. September wohlbehalten in New-York angekommen.

Inserate.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**